

ИОНИСС

INFORMATIONEN

ИОНИСС

№1

1985

Дорогие читатели !

В связи с надеждой на улучшение в ближайшее время отношений запада и востока.

В этом номере вложен формуляр для лиц заинтересованных в воссоединение семей, родственников и знакомых, поэтому просьба заполнить формуляры отправить на адрес редакции.

"ИОНИСС" /Информационный орган немцев из Советского Союза/ ставит себе целью ежемесячно распространять информации о событиях, связанных с движением проживающих в СССР немцев за сохранение своего национального достоинства, за выезд на свою историческую родину и о льдах, участвующих в этом движении, а также о произволе, чинимом КГБ и МВД над людьми за их стремления и высказывания о существующем положении немцев в СССР.

Чтобы сделать ИОНИСС по возможности разносторонним в него, кроме вопросов о преследованиях немцев в СССР, выезда из Советского Союза и интеграции в ФРГ, войдут и вопросы, волнующие его читателей.

IONISS, POSTFACH 420231, 3500 KASSEL

Dresdner Bank Stuttgart BLZ 60080000 Konto-Nr. 907535504

(idea)Mängelndes Eintreten für die "Menschenrechte in Osteuropa hat der Leiter des englischen Ostkirchenforschungsinstitutes "Keston College", Pfarrer Michael Bourdeaux (Keston bei London), dem Weltkirchenrat vorgeworfen. In einer Rede vor dem königlichen Institut für internationale Angelegenheiten in London wies Bourdeaux darauf hin, daß seit der Aufnahme der russisch-orthodoxen Kirche in die Ökumenische Organisation die Kritik an der Christenverfolgung in der Sowjetunion allmählich verstummt sei.

Seit 1968 seien nur noch Maßnahmen getroffen worden, die "in voller Übereinstimmung mit der sowjetischen Außenpolitik" stünden, sagte Bourdeaux. So klammere das Antirassismus-Programm des Weltkirchenrates die Unterdrückung sowjetischer Minderheiten, etwa der Juden, bewußt aus. Die Vertreter aus der UdSSR im Zentralkomitee des Weltkirchenrates hätten "gegen jedes gemeinsame und öffentliche Eintreten für die Menschenrechte im Ostblock ihr Veto eingelegt". Bourdeaux hält die Weltkirchenrats-Politik gegenüber der Sowjetunion für gescheitert. Sie habe die anderen Mitgliedskirchen im Blick auf die wirkliche Situation sowjetischer Christen "in die Irre geführt". Der Pfarrer tritt dem gegenüber dafür ein, daß der Weltkirchenrat ein eventuelles Ausschneiden der offiziellen russisch-orthodoxen Vertreter in Kauf nehmen sollte, um gemäß seiner eigenen Richtlinien auch die osteuropäischen Christen "moralisch, materiell und politisch" zu unterstützen. Bourdeaux: "Dieser Kurs würde sich in Übereinstimmung mit der Mehrheit der Gläubigen in Osteuropa befinden und das Auftreten ihrer Vertreter gegenüber der Regierung stärken."

Nach Bourdeaux' Worten besteht in Osteuropa unterhalb des kirchlichen Überbaus, der mit den Regimen kollaboriere, ähnlich wie im Dritten Reich in Deutschland eine "bekenkende Kirche". Wenn man jede Möglichkeit nutze, um Beziehungen mit ihr zu pflegen, wäre dies - so Bourdeaux - "der Weg zu echtem Frieden". Allein die daraus resultierende Publizität würde Druck auf die Sowjetregierung ausüben, so daß sie Liberalisierungsmaßnahmen treffen müßte.

Pfarrer Bourdeaux ist in diesem Jahr Träger des angesehenen "Templeton-Preises für Fortschritte in der Religion". Nach Angaben seines Institutes sind in der UdSSR zur Zeit 336 Personen aus religiösen Gründen in Haft.

11/1984

Bonn, den 13. November 1984

HERAUSGEBER UND VERLAG: OSMIPRESS GmbH - Gorch-Fock-Straße 1 - 5300 Bonn - Telefon (0228) 232042-44

Konten: Postcheck Köln (BLZ 370 100 50) 197277-501, Commerzbank Bonn (BLZ 380 400 07) 1181338/00

Verantwortlich: Bruno Kussl, Bonn, Bezugspreis DM 38,40 jährlich

Für Rußlanddeutsche mehr Humanität gefordert

opRM Bonn - Die hoffnungslose Lage der 2 Millionen Rußlanddeutschen wurde im Rahmen einer Debatte des Bundestages beklagt. Abgeordnete der Regierungskoalition kritisierten die Sowjetunion wegen ihrer starren Haltung gegenüber ausreisewilligen Sowjetbürgern deutscher Nationalität. Wenn es gelänge, die Verhältnisse der Menschen deutscher Herkunft in der Sowjetunion zu verbessern, würde sich auch der Ausreisepressure vermindern. BdV-Vizepräsident Dr. Herbert Hupka MdB erklärte, daß unter den Deutschen, die "unter kommunistischer Herrschaft leben", neben den 17 Millionen in der DDR, die Deutschen in der Sowjetunion die größte Zahl darstellen. Er erinnerte daran, daß auch die 2 Millionen Juden in der UdSSR unter der sowjetischen Politik schwer zu leiden hätten. Hupka appellierte an die Sowjetunion, mehr Humanität zu zeigen. Die Deutschen unter sowjetischer Herrschaft hätten "das grausamste Schicksal aller deutschen Volksgruppen" zu erleiden. Hupka forderte die Bundesregierung auf, jährlich die Zahl der Verhaftungen und Aburteilungen ausreisewilliger Deutscher in der Sowjetunion bekanntzugeben.

Rußlanddeutsche

Gefälschte Nachrichten

Igor ZAWLUK (geb. 23. 10. 1962) und sein Bruder Leonid Zawluk (geb. 1. 1. 1953) mit Ehefrau Natalie (geb. 12. 1. 1956), Sohn Dmitri (geb. 20. 9. 1979) und Tochter Irene (geb. 10. 5. 1984) in der UdSSR - Kas.SSR, 489165 Taldy-Kurganskij rajon, selo Sarja Kommunisma, ul. Kommunistitscheskaja 6, kw. 2.



Igor Zawluk, unten Leonid Zawluk mit Sohn und Frau.

Die Mutter der beiden Brüder lebt in der Bundesrepublik Deutschland. 1943 floh sie vor den Sowjets nach dem damaligen Warthegau, wo sie in Lehnsschutz bei Lodz Zuflucht fand.

1945, nachdem sie von den Alliierten an die Sowjets ausgeliefert worden war, kam sie zu Zwangsarbeiten nach Stalinabad (jetzt Duschanbe) in eine Ziegelfabrik, anschließend auf die Baumwollfelder Tadschikistans. Ihre Söhne, Igor und Leonid stammen aus der Ehe mit einem Russen, der 1979 verstarb.

Seit 1974 bemüht sich die Familie Zawluk um die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland. Igor war damals zwölf Jahre alt. 1980 wurde er für drei Jahre Kriegsdienst bei der Marine einberufen, die er als Heizer auf dem Festland verbrachte. Zwei

Monate später bekam seine Mutter die Ausreiselerlaubnis.

Im Laufe der letzten zwei Jahre ist es den beiden Brüdern nicht gelungen, ihren Ausreiseantrag einzureichen, weil sich das örtliche Passamt unter fadenscheinigen Ausreden weigerte, ihnen die notwendigen Antragsformulare auszuhändigen. Seit Dezember 1983 erreichen die Briefe der Brüder ihre Mutter nicht mehr, nur ein einziger, den sie über eine zweite Person aus einem fernegelegenen Ort ihr zuschickten, kam bei der Mutter an.

Aus Angst und Verzweiflung entschloß sie sich, mit einem Touristenvisum in die UdSSR zu reisen, um ihre Kinder zu sehen. Das sowjetische Visum galt vom 20. bis zum 26. April 1984 für Alma-Ata.

Über diese Reise berichtet die Mutter folgendes:

Mein Fehler war, daß ich meinen Söhnen schriftlich mitteilte, daß ich am 20. April nach Alma-Ata komme. Kurz vor diesem Datum erschien bei meinen Söhnen ein Krankenwagen. Das Begleitpersonal sagte, daß meine hochschwangere Schwiegertochter einen schlechten Befund hätte und ins Krankenhaus zur Untersuchung eingeliefert werden muß. Natalie, die selbst Hebamme ist, wußte, daß dies eine Lüge ist und versteckte sich. Am nächsten Tag, als der Krankenwagen wieder kam, versteckte sich meine Schwiegertochter im Stall. Die Beamten holten sie von da raus und lieferten sie ins Krankenhaus ein. Da wurde sie isoliert und unter Verschuß gehalten. Gleich danach kamen Milizionäre mit einem Durchsuchungsbefehl und stellten die ganze Wohnung auf den Kopf, angeblich auf der Suche nach Heroin, Waffen und Autoersatzteilen. Das ganze Geld, die Sparbücher, zwei Tagesdecken und die Kleidungsstücke, die ich meinen Kindern geschickt habe, wurden beschlagnahmt. Meine Söhne mußten mit der Miliz mitkommen, wurden verhört, die Führerscheine und Ausweispapiere wurden ihnen weggenommen, sie mußten unterzeichnen, daß sie den Ort nicht verlassen werden. Jeden Tag mußten sie um 8.00 Uhr zum Verhör bei der Miliz erscheinen, um 12.00 Uhr mittags durften sie nach Hause gehen. Die Milizbehörde ist 20 km von Ort entfernt. Die Miliz ließ ihnen sogar kein Geld, um Brot zu kaufen. Die Kinder baten, ihnen wenigstens paar Rubel zu geben. Da gab ihnen die Miliz 20 Rubel und sagte, daß dies ausreiche und deren Faschistenmutter schon dafür Sorge tragen würde, daß sie nicht verhungern.

Seit meiner Ankunft in Alma-Ata wurde ich offen überwacht. Am vorletzten Tag erschien ein gewisser Viktor Alexejewitsch Truberev von der Ausreiseabteilung des Innenministeriums (so stellte er sich vor), der von mir wissen wollte, wie ich nach der Ausreise aus der UdSSR in der Bundesrepublik aufgenommen und von den Einheimischen behandelt wurde. Ich weigerte mich, seine Fragen zu beantworten.

Am 26. April verließ ich Alma-Ata, drei Stunden nach meiner Abfahrt trafen meine Kinder ein. Wie ich später erfuhr, bekamen sie an diesem Tag alle beschlagnahmten Sachen zurück.

Die Miliz sagte ihnen, daß ich überhaupt nicht in Alma-Ata gewesen wäre und meine Telegramme ein Fälschung gewesen wären. Meine Kinder fuhren gleich nach Alma-Ata, doch ich war schon weg. Meine Schwiegertochter wurde am 27. April aus dem Krankenhaus entlassen.

Ich bitte Sie nochmals um Hilfe, meine Kinder zu sehen und mit ihnen beisammen sein zu dürfen. ..."

...Um 8.00 Uhr traf ich in Alma-Ata auf dem Flughafen ein, eine Stunde später war ich in dem mir zugewiesenen Hotel 'Otrar'. Ich nahm sofort ein Taxi und fuhr zu meinem Onkel in der Hoffnung, daß meine zwei Söhne und die Schwiegertochter mit meinem Enkel auf mich schon warten. Sie waren nicht da und keiner wußte warum. Ich ging sofort zur Post und schickte ein Telegramm an die Kinder. Als sie am dritten Tag noch nicht da waren, gab ich meiner Cousine Geld und schickte sie zu meinen Söhnen, die 280 km von Alma-Ata entfernt wohnten. ...Als sie im Dorf ankam, schien das Haus leer zu sein. In den Hof konnte sie nicht rein, weil der Hund sie nicht ließ. Nach langem Rufen kamen plötzlich hinter dem Stall meine Söhne vor, blaß und verängstigt und sagten, sie dachten, es wäre wieder die Miliz da.

(epd) Die sowjetische Regierung bestreitet, daß es in ihrem Land Einschränkungen in der Meinungs-, Rede- oder Religionsfreiheit gibt. In einem jetzt von Moskau vorgelegten Bericht für den UN-Menschenrechtsausschuß in Genf heißt es, daß es für jeden sowjetischen Bürger wie auch in der UdSSR lebende Ausländer das Recht auf Gewissensfreiheit und auf freie Versammlung gebe. Ein besonderer Schutz bestehe darüber hinaus für Familien mit Kindern. In dem offiziellen Dokument, das am dem 5. November im Menschenrechtsausschuß in Genf verhandelt wird, unterstreichen die Verfasser ausdrücklich das Recht auf freie Religionsausübung und ungehinderte Gewissensentscheidung. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß es in der Sowjetunion gegenwärtig mehr als 20.000 orthodoxe, katholische und lutherische Kirchen sowie Synagogen, buddhistische Tempel und Gebetshäuser anderer religiöser Gemeinschaften gibt, die völlig frei von staatlichem Einfluß seien. Auf der anderen Seite heißt es aber auch, daß demgemäß Atheisten völlig frei seien, ihre "Propaganda" mündlich sowie schriftlich zu verbreiten.

In dem Dokument wird ferner darauf hingewiesen, daß in der Sowjetunion niemand aus religiösen Gründen zu Feindseligkeit und Haß anstiften dürfe. Nach Ansicht von Beobachtern enthält dieser Hinweis eine klare Warnung an die Adresse der Kirchen und nichtchristlichen Religionsgemeinschaften in der UdSSR. Ein gleichlautender Vorbehalt wurde nämlich gegenüber der ausdrücklich freigegebenen atheistischen Propaganda nicht formuliert. Auch das Recht auf Zusammenschluß wird den atheistischen Organisationen ausdrücklich zugestanden. In dem Menschenrechtsreport der sowjetischen Regierung heißt es darüber hinaus, daß religiöse Gruppen aller Konfessionen in der Sowjetunion 18 Ausbildungszentren unterhalten und in 40 Werkstätten liturgische Gegenstände herstellen könnten. Daneben bestehe ferner das Recht zur Veröffentlichung und Herausgabe eigener Literatur.

Der Bonner Rechtsprofessor Christian Tomuschat, der die Bundesrepublik in dem achtzehnköpfigen Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen vertritt, geht davon aus, daß die Frage der Religionsfreiheit bei der Debatte über das sowjetische Dokument eine besondere Rolle spielen werde. Dabei werden die sowjetischen Delegierten die Aussagen ihres Dokumentes in freier Diskussion und ohne Rücksprache gegenüber den Fragen der Menschenrechtsexperten verteidigen müssen. Als ein Bericht der DDR-Regierung zur Menschenrechtsdiskussion im Juli in Genf auf der Tagesordnung stand, war es zu aufsehenerregenden Debatten über den "Schießbefehl" an der deutsch-deutschen Grenze gekommen. Die Sowjetunion gehört ebenso wie die DDR zu den 80 Unterzeichnerstaaten des "Internationalen Paktes für bürgerliche und freiheitliche Rechte". Sie hat sich dadurch verpflichtet, im Abstand von fünf Jahren einen Bericht über die Menschenrechte in ihrem Land vorzulegen.

Selbstschußanlagen

Nov. 84

Letzte Selbstschußanlagen in Niedersachsen abgebaut =

Hannover (AP) Am Ostrand Niedersachsens haben Grenztruppen der DDR die letzten Selbstschußanlagen entlang der rund 550 Kilometer langen Grenze zu Niedersachsen entfernt. Das Grenzschutzkommando Nord teilte am Donnerstag in Hannover mit, die Automaten vom Typ SM 70 seien bei Wolfenbüttel und bei Lüchow an der Elbe demontiert worden. Die DDR-Grenze entlang Niedersachsens war an verschiedenen Stellen bei einer Gesamtlänge von rund 196 Kilometer mit diesen Selbstschußgeräten bestückt. Der Abbau hatte im September des vergangenen Jahres begonnen. Durch den Abbau dieser Minen wurde die Grenze aber nicht durchlässiger, weil im Hinterland der DDR inzwischen die Fluchthinderungsanlagen vervollständigt worden sind.

Ende